

Drei-Länder-Vergleich

Schweiz mit größtem Reformelan

Die Schweiz hat in den vergangenen zwölf Monaten eine bessere Wirtschaftspolitik betrieben als Österreich und Deutschland. Dies zeigt das D A CH-Reformbarometer. Zum Start im September 2002 auf 100 normiert, beurteilt es, wie Vorhaben in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie Steuer- und Finanzpolitik die ökonomischen Rahmenbedingungen in den drei Ländern verändert haben.

Danach ist das Reformbarometer in der Schweiz von Oktober 2007 bis September 2008 um 4,1 Zähler auf 109,4 Punkte gestiegen. Den größten Fortschritt erzielten die Schweizer mit einem Reformentwurf zur Mehrwertsteuer. Der Abbau zahlreicher Ausnahmen und der neue Einheitssatz von 6,1 Prozent dürften das Steuersystem erheblich vereinfachen.

In Österreich sackte der Indikator dagegen von 112,1 auf 107,3 Zähler ab – das stärkste Minus seit sechs Jahren. Im Zuge des Wahlkampfs bediente die Politik vor allem einzelne Interessengruppen. Zum Beispiel dürfen sich die Pensionisten über eine kräftige Rentenerhöhung freuen; Pendler können eine höhere Fahrtkostenpauschale geltend machen.

In Deutschland gab das Barometer um 3,5 auf 105,7 Punkte nach. Dies liegt unter anderem daran, dass die Große Koalition die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I wieder verlängert, die Mindestlohnpläne verschärft und die Reform der Erbschaftssteuer schlecht konzipiert hat.

Benjamin Scharnagel, Jörg Mahlich, Ladina Schauer, Rudolf Walser: Das D A CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Ausgabe 2008, abrufbar unter: www.iwkoeln.de

Gesprächspartner im IW: **Dr. Benjamin Scharnagel, Telefon: 0221 4981-787**
Telefon zum Pressegespräch in Berlin am 4. Dezember:
0160 90742392

Drei-Länder-Vergleich

Schweiz ist Tabellenführer

Die Schweiz betrieb in den vergangenen zwölf Monaten eine bessere Wirtschaftspolitik als Österreich und Deutschland, die zuletzt den reformpolitischen Rückwärtsgang einlegten. Zu dieser Bewertung kommt das „DA CH-Reformbarometer“, das Ökonomen aus den drei Staaten zum vierten Mal vorgelegt haben. Keines der Länder hat aber den Aufschwung bis zur Jahresmitte ausreichend genutzt, um Beschäftigung und Wirtschaftswachstum nachhaltig zu stärken.*)

Bei der Fußball-Europameisterschaft im Sommer 2008 hatten die Gastgeber in Bern und Wien zwar Pech im Spiel – in wirtschaftlichen Dingen können sich die Schweizer und Österreicher jedoch nicht beklagen: Sie sind wohlhabend und selten arbeitslos (Grafik). Die Eidgenossen müssen zudem vergleichsweise wenig an

den Fiskus abführen und haben ihre öffentlichen Haushalte gut im Griff.

Der Vize-Europameister Deutschland ist dagegen weniger erfolgreich:

Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der Bundesbürger ist heute mit 28.900 Euro erst so hoch wie das der Schweizer vor sechs Jahren.

Und die Arbeitslosigkeit liegt hierzulande immer noch deutlich über dem Niveau der anderen Bodensee-Anrainer.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse, Denkfabrik der Schweizer Wirtschaft, haben untersucht, wie erfolgreich sich die Politik angesichts von Globalisierung, Strukturwandel und demografischen Veränderungen zwischen Oktober 2007 und September 2008 in Sachen Arbeitsmarkt, Soziales sowie Steuern und Finanzen geschlagen hat (Kasten). Das Länderranking kommt zu folgenden Ergebnissen:

- **Allein die Schweiz** weist eine positive Reformbilanz vor: Sie hat sich binnen Jahresfrist um 4,1 Zähler von 105,3 auf 109,4 Punkte verbessert.

- **Für Österreich** ist das Reformbarometer von 112,1 auf 107,3 Punkte im September 2008 gefallen. Dies ist das stärkste Minus seit sechs Jahren.

- **Auch in Deutschland** lahmt der Reformeifer: Das Barometer ist um 3,5 Zähler auf 105,7 Punkte gesunken – der schlechteste Wert seit fast fünf Jahren. Im

Drei-Länder-Vergleich landet die Bundesrepublik damit auf dem letzten Platz.

Warum Deutschland und Österreich zurückfallen, während die Schweiz erstmals Rang eins belegt, zeigt die Analyse der jüngsten Gesetzesinitiativen:

Deutschland. Die Große Koalition hat ihr reformpolitisches Kapital verspielt, das sie bis zum Sommer 2007 aufgebaut hatte (Grafik Seite 5). Der deutsche Reformindikator unterschreitet mittlerweile sogar das Niveau, auf dem er zu Beginn der schwarz-roten Amtszeit lag.

Für diesen Abwärtstrend sind verschiedene Fehlentscheidungen verantwortlich: So wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I wieder verlängert. Die verschärften Mindestlohnpläne dürften dazu führen, dass die Lohnfindung weiter politisiert und die Tarifautonomie geschwächt wird.

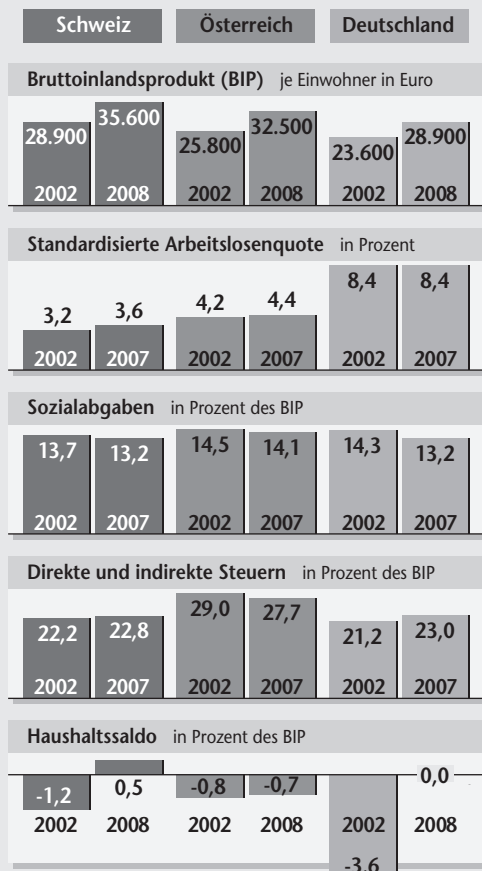
Die außerplanmäßige Rentenerhöhung zur Jahresmitte untergräbt frühere Stabilisierungsmaßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung, beispielsweise die Riester-Rente. Zudem läuft die Anhebung dem Ziel der Bundesregierung zuwider, die Sozialversicherungsbeiträge dauerhaft unter 40 Prozent zu senken.

Schließlich verhagelt die geplante Neuregelung der Erbschaftsteuer die reformpolitische Bilanz Deutschlands. Sie ist kompliziert und nicht geeignet, Unternehmensnachfolger verlässlich von der Erbschaftsteuer zu befreien. Hier wäre die Abschaffung nach österreichischem Vorbild die bessere Alternative.

Österreich. Die Alpenrepublik hat ein politisch turbulentes Jahr hinter sich: Im Juli scheiterte die Große Koalition aus Sozialdemokraten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP). Nichtsdestotrotz haben sich SPÖ und ÖVP nach den jüngsten Wahlen auf eine Neuaufgabe ihres Bündnisses geeinigt.

Reformpolitisch war das Jahr 2008 eine verlorene Zeit. Auf Kosten der Allgemeinheit und der öffentlichen Kassen

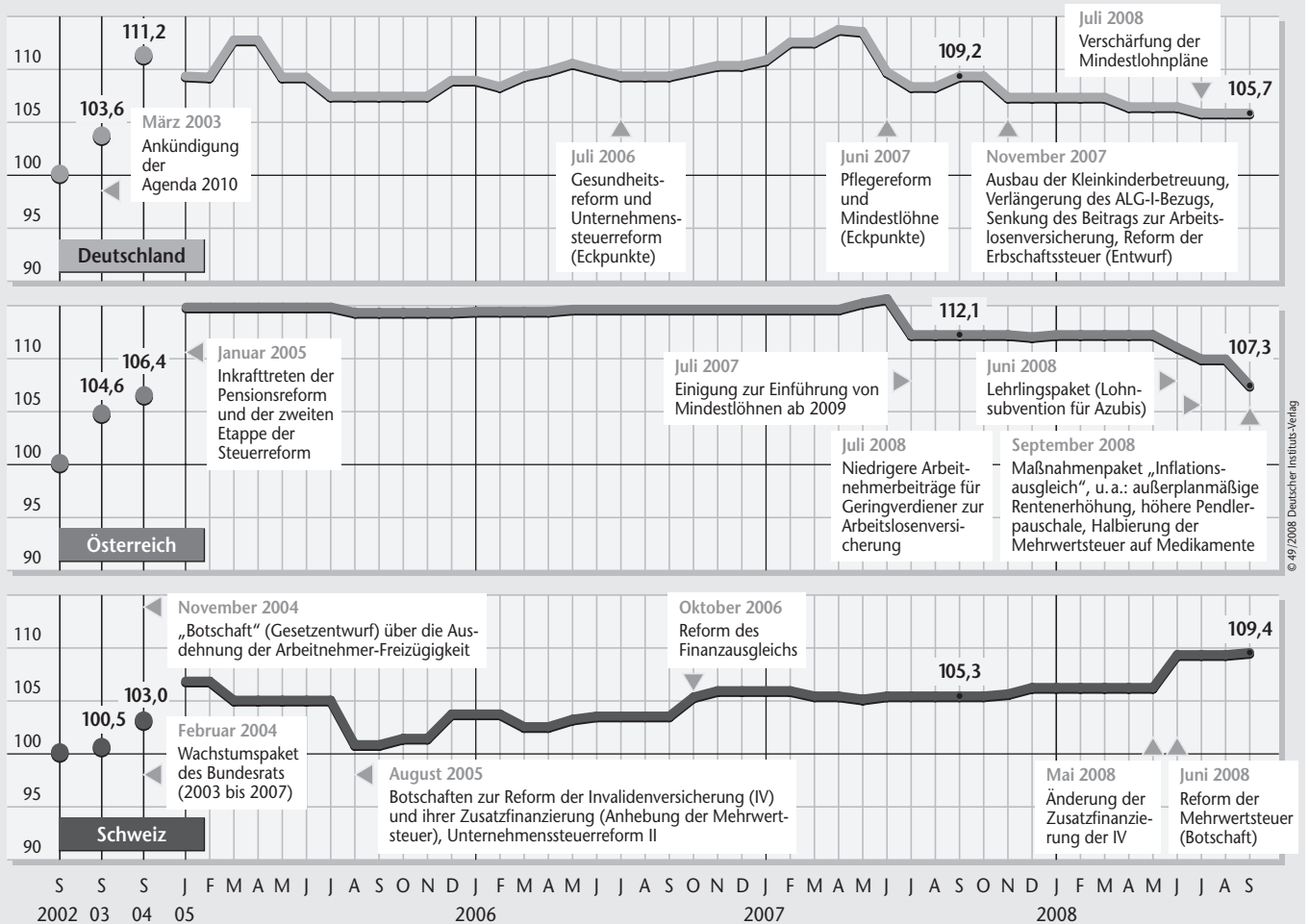
*) Vgl. Benjamin Scharnagel, Jörg Mahlich, Ladina Schauer, Rudolf Walser: Das DA CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Ausgabe 2008, abrufbar unter: www.iwkoeln.de

Drei-Länder-Vergleich:
Schweiz vorneweg

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner: um Kaufkraftunterschiede bereinigt; standardisierte Arbeitslosenquote: nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation, Erwerbslose in Prozent der Erwerbsfähigen; Sozialabgaben: auf zentralstaatlicher Ebene, in der Schweiz mit obligatorischen Krankenkassenprämien und Beiträgen zur betrieblichen Altersvorsorge; Sozialabgaben 2007, direkte und indirekte Steuern 2007 sowie alle Angaben 2008: Prognose
Quellen: Avenir Suisse, BMF, Eurostat, OECD

D A CH -Reformbarometer: Eidgenossen im Aufwind

Das D A CH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändert haben. September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich, Avenir Suisse

© 49/2008 Deutscher Institut-Verlag
IDW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

bediente die Politik vor allem einzelne Interessengruppen: So dürfen sich die Pensionisten über eine kräftige Rentenerhöhung freuen, für Studenten entfallen die Studiengebühren und Pendler können eine höhere Fahrtkostenpauschale geltend machen.

Was bewertet wird

In das D A CH-Reformbarometer gehen ein: Regierungsbeschlüsse, Gesetzesentwürfe, Änderungen während der parlamentarischen Beratung und verabschiedete Gesetze. Für die Schweiz werden auch Volksabstimmungen berücksichtigt. Die Punktevergabe richtet sich danach, ob sich die Reformvorhaben günstig oder ungünstig auf die Beschäftigungssituation und das Wirtschaftswachstum auswirken. Als Ausgangspunkt für den Vergleich dient jeweils der Status quo im September des Jahres 2002.

Auch über Teile der Wirtschaft ergoss sich das Füllhorn staatlicher Wohltaten: Mit dem neuen Lehrlingspaket subventioniert die öffentliche Hand einen beachtlichen Teil der Azubi-Gehälter.

Schweiz. Nach langer Zeit des mäßigen Abschneidens haben die Eidgenossen die Tabellenführung im D A CH-Reformbarometer übernommen. Dies liegt unter anderem an Verbesserungen bei laufenden Gesetzesvorhaben. Beispielsweise soll die geplante Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zur Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung mit 0,4 Prozentpunkten nur halb so hoch ausfallen wie ursprünglich vorgesehen.

Pluspunkte gab es ebenfalls für die geplante Reform der Arbeitslosenversicherung: Die Wiedereingliederung von Erwerbslosen ins Berufsleben soll verbessert, die Bezugsdauer des Arbeitslo-

sengeldes verkürzt werden. Den größten Fortschritt erzielten die Schweizer mit einem Gesetzesentwurf zur Mehrwertsteuer. Der Abbau zahlreicher Ausnahmen und der neue Einheitssatz von 6,1 Prozent dürften das Steuersystem erheblich vereinfachen.

Trotz aller Unterschiede im Detail ist allen drei Ländern gemeinsam, dass sie den Aufschwung bis zur Jahresmitte nicht ausreichend genutzt haben, um nachhaltige Neuerungen durchzusetzen. Stattdessen hat sich die Politik vor allem in Deutschland und Österreich von den sprudelnden Steuerquellen zu teuren Mehrausgaben verleiten lassen. Ehrgeizigere Reformen hätten den Handlungsspielraum für eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik vergrößert, wie sie momentan als Reaktion auf die Finanzmarktkrise und den Abschwung vonnöten wäre.